

## ÜBERSICHTEN

### Außenpolitik

\*(1)

#### Friedenskonferenz in Beijing: Chinesische Abrüstungsvorstellungen

Am 23. März 1987 begann in Beijing eine von der UNO organisierte Regionalkonferenz über globale Abrüstung, an der Vertreter aus 17 Staaten Asiens, des pazifischen Raums, Europas und Amerikas teilnahmen.

China hatte bei der Konferenz vielfach Gelegenheit, seine Ansichten über Abrüstungsfragen darzutun. Die beiden Supermächte, die über 97% aller Kernwaffen der Welt verfügten, müssen nach Ansicht Beijings mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sollen Tests, die Produktion und die Stationierung von Kernwaffen aller Art sofort einstellen, ihr nukleares Arsenal im eigenen Land sowie im Ausland substantiell reduzieren oder vernichten und so die Voraussetzungen für die Teilnahme anderer Länder an der nuklearen Abrüstung schaffen.

China habe am Ausgang der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Mittelstreckenraketen in Europa lebhaftes Interesse, da die internationale Sicherheit unteilbar sei. Die Sicherheit Europas und Asiens hingen zusammen. Die von den USA und der Sowjetunion in Europa und Asien stationierten Mittelstreckenraketen müßten nach demselben Prinzip und im gleichen Zeitrahmen reduziert und letztlich vernichtet werden.

Als Atommacht sei sich China seiner eigenen Verpflichtung voll bewußt. Schon 1964 habe es eindeutig verkündet, daß es unter keinen Umständen als erstes Kernwaffen einsetzen werde. Vor allem aber habe es versichert, kernwaffenfreien Zonen und Staaten gegenüber niemals Kernwaffen einzusetzen oder mit einem Einsatz zu drohen. China habe ferner entsprechende Protokolle zu den Verträgen über eine kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika sowie über eine kernwaffenfreie Zone im Südpazifik

unterzeichnet. Seit mehreren Jahren habe es keine Kernwaffentests mehr durchgeführt und im letzten Jahr auf nukleare Tests in der Atmosphäre förmlich verzichtet. Es wende sich gegen Weltraumwaffen, gegen SDI und überhaupt gegen jegliche "Militarisierung" des Welt- raums (XNA, 13.11.86).

China trete gegen eine Verbreitung von Kernwaffen ein und unterstütze andere Länder auch nicht bei der Entwicklung von Kernwaffen (dies wird von Indien im Hinblick auf Pakistan bezweifelt!). Ferner plädiere China für das allseitige Verbot von biologischen, chemischen und Raumwaffen sowie für eine erhebliche Reduzierung der konventionellen Waffen. Gleichzeitig reduziere es aus eigener Initiative seine Militärausgaben und reduziere planmäßig die Stärke seiner Truppen um eine Million Mann. All dies beweise die Aufrichtigkeit der chinesischen Politik.

China versteht sich heutzutage als einer der Protagonisten der Weltfriedensbewegung. U.a. ging auf sein Betreiben der UNO-Beschluß von 1982 zurück, das Jahr 1986 zum Jahre des Internationalen Friedens zu erklären. Im gleichen Geist war im Juni 1985 die Gesellschaft des chinesischen Volkes für Frieden und Abrüstung ins Leben gerufen worden, die aus 21 öffentlichen Organisationen besteht. Sie veranstaltete u.a. ein Forum zum Schutz des Weltfriedens in Beijing, an dem Vertreter aus 100 Ländern teilnahmen. Das ganze Jahr 1986 über fanden zahlreiche Friedensveranstaltungen in allen Teilen des Landes statt, auf denen jeweils Vertreter der Politprominenz das Wort ergriffen. Das Thema "Friede" war auch Leitmotiv zahlreicher Ausstellungen aus den Bereichen der Malerei, der Fotografie, der Kalligraphie usw. Im Mai fand in Shanghai ein Seminar über die Erhaltung des Weltfriedens statt. Im Juni erschien eine Friedensbriefmarke (XNA, 24. und 25.3.87).

Kurzum, seit China das Thema "Frieden" aufgegriffen hat, geht es gründlich - und wieder einmal kampagnenhaft - vor!

Dabei hatte noch unter Mao Zedong die These von der "Unvermeidbarkeit des Krieges" geherrscht! Als wären seit damals 10.000 Jahre vergangen!

Wo immer sich Gelegenheit bietet, dem Friedensprozeß Beifall zu spenden, ergreift China die Gelegenheit - ob nun die Vertreter von elf Gewerkschaftsverbänden ein Friedensforum abhalten (so z.B. am 26. April 1986 in Beijing), ob eine Gruppe von Ländern (Argentinien, Schweden, Mexiko, Indien, Tansania und Griechenland) auf einer Gipfelkonferenz Friedenserklärungen vom Format der "Mexiko-Deklaration" herausgibt, ob die UNO die Themen Abrüstung, Regional- konflikte und Weltwirtschaft in den Mittelpunkt stellt oder ob in den einzelnen Ländern, sei es nun in Washington, Harare oder Moskau, irgendwelche Friedensveranstaltungen stattfinden - stets ist der Beifall Chinas zu vernehmen (XNA, 26.12.86).

Auf der "Volksversammlung für den Weltfrieden" am 21. März 1986 unterbreitete Zhao Ziyang "Neun Punkte zur Abrüstung": (1) Fernziel des nuklearen Abrüstungsbestrebens muß das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen sein. (2) Die USA und die Sowjetunion müssen beim Teststopp mit gutem Beispiel vorangehen und zuerst die Entwicklung und Produktion aller Arten von Atomwaffen einstellen sowie zur drastischen Reduzierung übergehen. (3) Um den Ausbruch eines Atomkriegs zu verhindern, müßten die Atommächte sich verpflichten, unter keinen Umständen als erste Atomwaffen einzusetzen und auch nie entsprechende Drohungen auszustößen. Auf dieser Basis sei sodann ein internationales Abkommen zu schließen. (4) Die Mittelstreckenraketen der beiden Supermächte in Europa und Asien müßten Schritt für Schritt verringert und vernichtet werden. (5) Gleichzeitig habe eine Reduzierung aller konventionellen Waffen zu erfolgen. Erlaubt sein sollten künftig nur noch Selbstverteidigungswaffen. (6) Keine Militarisierung des Weltraums. (7) Verbot und Vernichtung aller chemischen Waffen. (8) Realitätsbezogene Kontrollmaßnahmen bei der Abrüstung. (9) Die Abrüstungsfrage dürfe nicht von den Großmächten monopolisiert und damit manipuliert werden. Vielmehr müßten sämtliche Länder, ob klein oder groß, militärisch stark oder schwach, in die Abrüstungsdiskussionen einbezogen werden.

Auch in der Rede Außenminister Wu Xueqians bei der 41. Vollversammlung der UNO am 24. Septem-

ber 1986 stand das Thema "Weltfrieden und Abrüstung" im Mittelpunkt.

Eine besonders wichtige Voraussetzung für die weitere Stärkung des Friedens werde durch den z.Zt. überall auf der Welt zu beobachtenden Prozeß der "Multipolarisierung" gewährleistet (XNA, 25.9.86). Dies ist auch der Grund, warum China mit zu den eifrigsten Verfechtern von Regionalisierungskonzepten gehört. -we-

\*(2)

#### Voraussetzungen für ein multilaterales Treffen der Kommunistischen Parteien "noch nicht reif"

Am 11. Februar erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums im Hinblick auf den Vorschlag der Mongolei, ein Treffen der KP's der asiatisch-pazifischen Region in Ulan Bator abzuhalten, daß China zwar keine Einladung für ein solches Treffen, wohl aber Kenntnis von diesem Vorschlag erhalten habe.

Bekanntlich sei die KPCh auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchaus bereit, einen bilateralen Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse zu führen; für eine multilaterale Konferenz jedoch sei die Zeit "noch nicht reif". Es wäre schwierig für solch eine Konferenz, positive Erfolge zu erzielen (XNA, 11.2.87).

Man kann sich in der Tat auch nicht gut vorstellen, daß z.B. die KPV sowie die afghanische KP einerseits und die KPCh auf der anderen Seite an einem Tische sitzen. Insgesamt haben im asiatisch-pazifischen Raum sieben regierende Kommunistische Parteien die Macht im Staate inne, nämlich in China, Vietnam, Laos und Kambodscha sowie in Nordkorea, der Mongolei und Afghanistan. Darüber hinaus gibt es zahlreiche KP's, die legal in einigen Ländern existieren, so z.B. in Japan, Neuseeland, Australien, Indien, Sri Lanka und Nepal. In den ASEAN-Staaten andererseits stehen die KP's auf der Liste der Illegalität: Es wäre peinlich für China, mit diesen Regierungen auf Parteiebene zusammenzukommen, auf Staatsebene aber mit eben jenen Regierungen zu kooperieren, die diese Bewegungen für illegal erklärt haben und sie als Staatsfeinde verfolgen - dies gilt übrigens auch für Birma und Paki-

stan. Die alte Politik, derzufolge der chinesische Staat "wegschaute", wenn die KPCh illegale "Bruderparteien" unterstützte, gehörten der Vergangenheit an.

China ist heutzutage grundsätzlich bereit, mit allen Parteigruppierungen zusammenzuarbeiten, die die Friedensförderung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Aus diesem Grunde unterhält die KPCh seit 1981 sogar zwischenparteiliche Beziehungen mit nichtkommunistischen Parteien linker Prägung, also mit den verschiedenen sozialistischen, sozialdemokratischen und Arbeiterparteien in Europa und anderen Teilen der Welt. Trotz ideologischer Differenzen könne man mit ihnen gemeinsam eine breite Einheitsfront gegen das Wettrüsten und für die Erhaltung des Weltfriedens errichten. China unterhält inzwischen auch Kontakte zur Sozialistischen Internationale. Im Oktober 1985 beispielsweise nahm die KPCh an der Wiener Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale und im Juni 1986 am 17. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Lima teil.

In den vergangenen Jahren haben über fünfzig Generalsekretäre und Vorsitzende verschiedener politischer Parteien und Organisationen - kommunistischer sowie nichtkommunistischer Provenienz - die VR China besucht. Der Unterschied zwischen Beziehungen der Parteien untereinander und den Beziehungen zwischen den Staaten bestehe darin, daß die ersteren "moralischer" Qualität sind. Dies ist eine etwas laxe Wortregelung, die sich daraus erklärt, daß China seine Beziehungen vor allem zu den illegalen KP's in den ASEAN-Staaten zwar nicht aufgeben, sie andererseits aber auch nicht überbewertet haben will.

Mit der KPdSU könnten, wie es heißt, Parteibeziehungen nur dann aufgenommen werden, wenn die "drei Haupthindernisse" aus dem Wege geräumt sind (XNA, 25.8.86). -we-

\*(3)

#### China begrüßt die Anpassungsmaßnahmen des COCOM

1949 entstand im Zeichen einer umfassenden antikommunistischen Strategie, die auf eine Initiative des US-Senators McCarthy zurückging, der Koordinierungsausschuß für Exportkontrolle (COCOM), eine

Embargo-Organisation für westliche strategische Exporte mit Sitz in Paris.

Heute gehören dem COCOM 15 Länder an, hauptsächlich Mitgliedsstaaten der NATO. Innerhalb des COCOM gibt es auch ein Sonderkomitee, das sich speziell mit der Handelspolitik gegenüber China befaßt.

Bis 1958 stand China ganz oben auf der Embargo-Liste des COCOM. Vor allem die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach 1972 führte jedoch zu einer Lockerung der Sanktionen und zu einer Zunahme von "Ausnahmeverfahren". China bekam vor allem deshalb Aufwind, weil es lange Zeit eine betont "antihegemonistische" (= antisowjetische) Haltung an den Tag gelegt hatte.

China zeigt sich befriedigt darüber, daß sowohl in Großbritannien als auch in den USA neuerdings Forderungen aufkommen, die Restriktionen gegenüber China noch um ein weiteres Stück zu lockern, sei es nun bei der Vereinfachung des Lizenzverfahrens oder der Beschleunigung der Bearbeitung von Exportlizenzaufträgen (BRu 1987, Nr.10, S.13). -we-

\*(4)

#### Chinesische Entwicklungshilfe

Bis Ende 1986 haben 90 Länder von der VR China wirtschaftliche und technische Hilfe erhalten, davon 20 in Asien, 46 in Afrika, 14 in Lateinamerika, 5 in Ozeanien und 5 in Europa.

Zwischen 1954 und Ende 1986 hat China im Ausland insgesamt 1.154 komplette Objekte fertiggestellt. Einige jener Betriebe, die nicht normal funktionierten oder sogar mit Verlust arbeiteten, wurden konsolidiert - 1986 waren es insgesamt 101 solcher Unternehmen, u.a. eine Gerberei in Mali, Textilfabriken in Burundi und Sambia, eine Zementfabrik in Burundi, ein Wasserkraftwerk im Kongo sowie die TanSam-Eisenbahn.

Für 1987 sind insgesamt 222 Bauprojekte in 63 Entwicklungsländern zugesagt worden, darunter 13 neue. 1987 wurden mehrere Projekte fertig, u.a. der "Freundschaftshafen" in Mauretanien für Schiffe bis zu 10.000 BRT, die Landstraße Serenje-Mansa in Sambia (324 km), ein

Wasserkraftwerk in Kamerun mit einem Speichervermögen von 7,6 Mrd.cbm und einer Kapazität von 72.000 kW, eine Militärakademie im Kongo, eine Zuckerrohrplantage in Togo u.dgl.

Die Gelder, deren Höhe offiziell nicht angegeben wird, verteilt sich wie folgt: 69% für komplette Projekte und 31% für die Lieferung von Gütern und Materialien. Bargeldhilfen erfolgen nur in Ausnahmefällen (BRu 1987, Nr.9, S.30).

Im Zusammenhang mit solchen Berichten taucht allerdings der Hinweis auf, daß China gegenüber seinen Dritt-Welt-Handelspartnern in aller Regel einen größeren Handelsüberschuß hat, den es dazu verwendet, seine Schulden gegenüber den Industrieländern zu begleichen. Es zeigt sich bei mehreren Vergleichen im Abstand von jeweils einem Jahrzehnt: 1961 hatte China im Dritt-Welt-Handel einen Handelsbilanzüberschuß von 106 Mio.US\$, 1971 waren es 396 Mio. und 1981 sogar 2,4 Mrd.US\$ (Gesamtvolumen: 7,446 Mrd., davon Ausfuhr 4,963 und Einfuhr 2,482 Mrd.US\$) (so die Angaben der früheren Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Chen Muhua, BRu 1983, Nr.38, S.17).

Immerhin: Ein kleiner Teil dieser Überschüsse geht in Form von Entwicklungshilfe wieder in die Dritte Welt zurück. China bezeichnet dies als "Süd-Süd-Zusammenarbeit" und hat in diesem Zusammenhang vor allem der Gruppe 77 Beifall gespendet, die am 25. August die Kairoer Deklaration über die Süd-Süd-Zusammenarbeit herausgegeben hatte: Sie habe auf das Prinzip des "Vertrauens auf gemeinsame kollektive Kraft" gesetzt und bevorzuge eine sich selbstorganisierte, sich selbstversorgende und selbstfinanzierende Zusammenarbeit. -we-

## Innenpolitik

### \* (5) Neue Rangfolge im Ständigen Ausschuß des Politbüros

Der Sturz von Hu Yaobang Mitte Januar 1987 führte erwartungsgemäß zu einer Veränderung der Rangfolge im Ständigen Ausschuß des Politbüros. Sie geht aus einer

Liste derjenigen Politiker hervor, die zum Tode des früheren Kommandeurs der Militärregion Guangzhou, Wu Kehua, einen Kranz schickten. Diese Liste wurde am 27. Februar 1987 vom ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlicht. Daraus ergibt sich - im Vergleich zum Zeitraum von September 1985 bis Dezember 1986 - folgende neue Rangfolge innerhalb des höchsten formellen politischen Führungsgremiums Chinas seit Mitte Januar 1987:

Sept. 1985 -	Seit Januar 1987
Hu Yaobang	1 Zhao Ziyang
Deng Xiaoping	2 Deng Xiaoping
Zhao Ziyang	3 Li Xiannian
Li Xiannian	4 Chen Yun
Chen Yun	5 Hu Yaobang

Über die Rangfolge der restlichen Politbüromitglieder liegen keine Informationen vor, da sie von der *Volkszeitung* bereits seit längerem nur in der Strichzahl-Reihenfolge aufgelistet werden. -sch-

### \* (6) Hu Yaobang wieder öffentlich aufgetreten

Der am 16. Januar vom Amt des ZK-Generalsekretärs entbundene Hu Yaobang trat am 25. März zum ersten Mal seit seinem Sturz wieder in der Öffentlichkeit auf. Als Mitglied des 157köpfigen Präsidiums der 5. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses nahm Hu am 25. März 1987 an der Eröffnungssitzung der diesjährigen Plenartagung des chinesischen Parlaments teil (*RMRB*, 25. u. 26.3.87). Die Teilnahme von Hu an der NVK-Tagung war am 24. März auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben worden, die der Sprecher der Tagung und stellvertretende Generalsekretär des Ständigen NVK-Ausschusses, Zeng Tao, für chinesische und ausländische Journalisten gegeben hatte. Zeng Tao erklärte, es sei selbstverständlich, daß Hu Yaobang als NVK-Mitglied und Präsidiumsmitglied an der Tagung teilnehmen und sich an den Diskussionen über die Angelegenheiten des Staates beteiligen werde (*Zhongguo Tongxun She*, Hongkong, 24.3.87, nach: *SWB*, 26.3.87). Bei der Wahl von Hu in das Präsidium der NVK-Tagung habe es keine Gegenstimmen gegeben, erklärte Zeng Tao in Beantwortung einer entsprechenden Frage (*XNA*, 23.3.87).

Ausdrücklich dementiert wurden von offizieller chinesischer Seite ausländische Berichte, nach denen Hu Yaobang das Amt des Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes von der Zhou-Enlai-Witwe Deng Yingchao übernehmen werde (*XNA*, 23.3.87, nach: *SWB*, 27.3.87). -sch-

### \* (7) Yao Yilin über den Sturz von Hu Yaobang

Auf einer Pressekonferenz am 28. März 1987 in Beijing anlässlich der 5. Tagung des VI. NVK äußerte sich der stellvertretende Ministerpräsident und Politbüro-Mitglied Yao Yilin (70) auch über den Sturz von Hu Yaobang. Yao erklärte, der Hauptfehler von Hu seien seine Schwäche und Ineffizienz bei der Bekämpfung der "bürgerlichen Liberalisierung" gewesen. Dies sei auch der Hauptgrund dafür gewesen, daß sein "Rücktrittsgesuch" angenommen worden sei. Eben weil Hu Yaobang von sich aus seinen Rücktritt eingereicht habe, sei es nicht notwendig gewesen, eine ZK-Plenartagung einzuberufen, und man habe sich deshalb mit einer Sitzung des Politbüros [tatsächlich handelte es sich um eine illegale erweiterte Sitzung des Politbüros] begnügen können, erklärte Yao in einer kaum nachvollziehbaren Auslegung des Parteistatuts. Gleiches gelte auch für die Wahl von Zhao Ziyang zum "amtierenden" ZK-Generalsekretär, denn - so Yao weiter - nur die Wahl eines 'vollwertigen' ZK-Generalsekretärs erfordere das Zusammentreten einer ZK-Plenartagung. Das Fazit von Yao Yilin: "Dieses Verfahren entspricht voll und ganz dem Parteistatut." (*Wen Hui Bao*, 29.3.87, nach: *SWB*, 1.4.87; vgl. P. Schier in: *C.a.* Januar 1987, S. 65) Die Ausführungen von Yao Yilin zu Hu Yaobang waren in dem vom ZK-Organ *Volkszeitung* abgedruckten Bericht nicht enthalten (siehe *RMRB*, 29.3.87). -sch-

### \* (8) Ein Lob für Hu Yaobang von Fei Xiaotong

Im Rahmen einer Pressekonferenz der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) für ausländische Korrespondenten und Journalisten aus Hongkong und Macao äußerte sich der stellvertretende PKCV-Vorsit-